

Bundeswehr hilft im Gesundheitsamt - das halten Bezirkspolitiker davon. „Militär in der Zivilverwaltung?“, lautet die Frage beim [Thema des Monats](#) aller BVV-Fraktionen auf der Webseite des Bezirks. Denn auch das Gesundheitsamt Charlottenburg-Wilmersdorf wird während der Coronavirus-Pandemie vom Sanitätsdienst der Bundeswehr unterstützt. Soldat(innen) verstärken eine telefonische Hotline, helfen bei der Kontaktverfolgung nach Infektionsfällen oder machen Abstriche für Corona-Tests. Das „Thema des Monats“ wird wechselnd von jeweils einer BVV-Fraktion zur schriftlichen Debatte gestellt. Diesmal stammt die Frage von der Linksfraktion – wir fassen die Beiträge zusammen.

Ann-Kathrin Biewener (SPD) findet es „gut, wenn die Bundeswehr jetzt aushilft“. Die Corona-Pandemie habe das Gesundheitsamt „an den Rand seiner Belastbarkeit gebracht“ schon vorher „konnten viele Stellen nicht besetzt werden“. Die SPD-Fraktion danke allen, die den Bezirk in der momentanen Notsituation unterstützen. Normalerweise gebe es dagegen „gute Gründe, die Bundeswehr aus inneren Angelegenheiten heraus zu halten“. Zu oft sei das Militär in der deutschen Geschichte „zur Durchsetzung von staatlicher Gewalt – teilweise auch gegen politische Gegner – benutzt worden“.

Die Katastrophenhilfe entlaste Mitarbeiter des Amts und ermögliche es ihnen auch, „andere für die Bürger wichtige Verwaltungsaufgaben weiterhin wahrnehmen zu können“, betont die CDU-Fraktionsvorsitzende **Susanne Klose** (CDU). Die Alternativen wären „die Einschränkung von Dienstleistungen und im schlimmsten Fall noch mehr erkrankte Menschen“. Auch wenn es „in das Weltbild linker Politiker nicht passt“, sei die Bundeswehr „eine Parlamentsarmee, die ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft hat“.

Die Grünen finden einerseits, das Grundgesetz setze dem Einsatz des Militärs im Inland aus guten Gründen enge Grenzen. Doch wenn in der Corona-Krise ausnahmsweise Soldat(innen) im Gesundheitsamt tätig seien und beispielsweise ans Telefon gehen, „ist das in Ordnung“, schreibt Fraktionschef **Christoph Wapler**. Alternativlos sei dies aber nicht. Bundesverteidigungsministerin **Annegret Kramp-Karrenbauer** (CDU) liege „daneben mit ihrer Methode, Druck auf die Ämter auszuüben“. Wapler beklagt, der öffentliche Gesundheitsdienst sei „nach jahrelangem Personalabbau ausgelaugt“. Das Bezirksamt könne weder „kurzfristige Einstellungen realisieren“ noch „mit zivilen Kräften angemessen auf eine Pandemie-Situation reagieren“.

Nicht nur die Bundeswehr, sondern auch Mitarbeiter aus anderen Teilen der Bezirksverwaltung und Studenten seien jetzt im Gesundheitsamt tätig, schreibt **Pascal Tschörtner** (FDP). Wie die CDU weist auch er darauf hin, dass Gesundheitsämter „noch viele andere Aufgaben haben“, die zuletzt „oft zurückstehen mussten, weil nicht genügend Personal vorhanden war“. Wer die Unterstützung durch die Bundeswehr „wie die Linke und Teile von SPD und Grünen aufgrund ideologischer Vorurteile aufgeben möchte“, schwäche die Ämter und die Virusbekämpfung und handele damit „unverantwortlich“.

Der Personalmangel durch „extreme Verordnungen“ sei nicht absehbar gewesen, meint **Jan von Ertzdorff-Kupffer** (AfD). Nun sei Gesundheitsstadtrat **Detlef Wagner** (CDU) „umso mehr verpflichtet, für eigenes (ziviles) Personal zu sorgen“. Amtshilfe der Bundeswehr dürfe „nur die Ausnahme sein“.

Die Linken sehen die Unterstützung durch die Bundeswehr kritisch, ähnlich wie ihre Parteifreunde in Friedrichshain-Kreuzberg. Dort hatte die BVV im Oktober mehrheitlich [dagegen gestimmt](#). Allerdings [bat ein Krisenstab](#) des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg die Bundeswehr wenig später trotzdem um die Katastrophenhilfe. In der City West meint die Co-Fraktionschefin der Linken, **Annetta Juckel**, der Einsatz sei „zweifelsohne ein Beitrag zur Eindämmung des Coronavirus“ und „unerlässlich“, wenn zu befürchten sei, dass die Ausbreitung des Virus „nicht länger beherrschbar“ wird. Doch habe sich in Friedrichshain-Kreuzberg gezeigt, dass es Alternativen gebe. Das dortige Bezirksamt beschäftigte freiwillige Helfer(innen) und „gab vor allem Studierenden eine Perspektive, nachdem viele Studi-Jobs und Existenzgrundlagen plötzlich wegbrachen“. Im Gegensatz zu diesen Kräften würden Bundeswehrangehörige „ausgewechselt, kaum dass sie eingearbeitet sind“. Außerdem müsse es „nachhaltige Konzepte statt Notlösungen“ geben, um dem Personalmangel entgegenzuwirken.